

Stadtverwaltung Eberbach

Auszug aus der Niederschrift

der öffentlichen Sitzung GR/13/2025 des Gemeinderats am 18.12.2025

Tagesordnungspunkt 1:

Fragestunde der Einwohner und der ihnen gleichgestellten Personen und
Personenvereinigungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 2:

Ehrung von Gremienmitgliedern gemäß den Ehrungsrichtlinien der Stadt Eberbach

Bürgermeister Reichert erläutert, dass gemäß den Richtlinien für Ehrungen durch die Stadt Eberbach, Mitglieder des Gemeinderats nach 15 Jahren der Mitgliedschaft der Ehrenring in Silber verliehen werden könne.

Die Voraussetzung hierfür erfülle Stadtrat Jens Müller. Der Gemeinderat habe in seiner Sitzung am 23.10.2025 den Beschluss gefasst, an Herrn Stadtrat Jens Müller den Ehrenring in Silber zu verleihen.

Bürgermeister Reichert nimmt die Ehrung vor, verliest die Urkunde und überreicht den Ehrenring an den Geehrten.

Tagesordnungspunkt 3:

Ehrung von Gremienmitgliedern gemäß den Richtlinien des Gemeindetags Baden-Württemberg

Bürgermeister Reichert erläutert, dass gemäß den Richtlinien des Gemeindetags Personen, die eine gewisse Zeit ehrenamtlich tätig sind, geehrt werden.

Bürgermeister Reichert richtet dankende Worte an die zu Ehrenden und nimmt sodann die Ehrungen vor. Dazu verliest er die Urkunden und überreicht die Ehrennadel des Gemeindetags.

Stadtrat Jan-Peter Röderer und Ortschaftsrat Benjamin Müller erhalten für 10 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit die Ehrennadel des Gemeindetags.

Tagesordnungspunkt 4:

Bekanntgabe der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 23.10.2025, Nr. 11/2025

Beratung:

Bürgermeister Reichert fragt, ob Einwände zur Niederschrift bestehen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats äußern keine Einwände zur Niederschrift.

Tagesordnungspunkt 5: 2025-247

Sachstandsbericht IHK-Innenstadtberatung Eberbach – bisherige Bilanz des Projekts und Ausblick auf eine beabsichtigte Fortführung

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt zusammen mit der Eberbacher Werbegemeinschaft das Projekt „Innenstadtberater“ fortzuführen und hierfür auf die fachliche Begleitung durch die IHK zurückzugreifen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Letter of Intent zu unterzeichnen.

Beratung:

Bürgermeister Reichert begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Cyriax von der IHK Rhein-Neckar.

Herr Cyriax informiert über den Stand der Innenstadtberatung.

Verwaltungsmitarbeiter Fischer führt ergänzend zu den Bereichen Wirtschaftsförderung und Communitymanagement aus.

Stadträtin Kunze teilt mit, dass die CDU-Fraktion keine einheitliche Meinung habe. Sie werde zustimmen, bittet jedoch darum, die Gestaltungssatzung nicht zu vergessen.

Stadtrat Dr. Polzin bemängelt, dass keine großen Maßnahmen umgesetzt worden seien. Er appelliere hier an die Stadt und den Gemeinderat sich mehr zu engagieren. In der Vergangenheit sei nicht viel für Handwerk oder Industrie getan worden.

Bürgermeister Reichert widerspricht, dass es sich um wichtige Schritte handle. Hinsichtlich großer Maßnahmen sei er offen für Vorschläge des Gemeinderats, da die Umsetzung oft sehr schwierig sei.

Stadtrat Richter verweist auf das schlechte Ergebnis der Grundlagenuntersuchung aus dem Jahr 2023 unter anderem zur Weiterempfehlung und bittet darum, wenn das Programm weitergeführt werde, dass hierzu eine Evaluierung vorgenommen werde, ob sich die Einschätzung verbessert habe.

Bürgermeister Reichert ergänzt, dass er es schade finde, dass die Innenstadt oft schlechter bewertet werde, als sie sei.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Tagesordnungspunkt 6: 2025-264

Neckarlauer - Instandsetzung Ufermauer

hier: Vorstellung und Freigabe der Entwurfsplanung zur Sanierung der Ufermauer

Beschlussantrag:

1. Die Entwurfsplanung wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt und zur Umsetzung freigegeben.
2. Das Ingenieurbüro Klinger & Partner aus Heilbronn wird, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, mit den weiteren benötigten Ingenieurleistungen in Höhe von 219.208, -- € netto, beauftragt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen im Gesamtkostenrahmen von 2.077.208 € netto vorzunehmen.

Beratung:

Bürgermeister Reichert begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Härtner vom Planungsbüro Klinger & Partner.

Herr Härtner stellt die Entwurfsplanung vor.

Bürgermeister Reichert fragt bezüglich der Energiespundwand, ob die Energiekosten für die Kunden wettbewerbsfähig seien.

Geschäftsführer Kressel antwortet, dass dies sehr genau gerechnet werden müsse und vermutlich knapp wirtschaftlich sei. Nach erster Abschätzung läge man bei 5 Cent/kwh für die Entzugsenergie, die durch eine Wärmepumpe weiter angehoben werden müsste, somit

läge der Preis vermutlich bei 8-10 Cent/kwh. Dies sei mit einer guten Luft-Wärme-Pumpe auch erreichbar. Nicht berücksichtigt seien dann auch die Kosten für die Leitungen und den Stromanschluss.

Bürgermeister Reichert schlägt vor, in den Beschlussantrag den Auftrag zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit aufzunehmen.

Stadtrat Scheurich spricht sich für eine nähere Betrachtung auch der Fördermöglichkeiten aus. Für die Bestandsgebäude in der näheren Umgebung gebe es wenig alternative Ideen. Er sehe die Berechnung auch unabhängig von der Ausführungsplanung.

Stadträtin Thomson spricht sich ebenfalls für eine Energiespundwand aus. Mit der gewonnenen Energie könnten das Schulgebäude sowie das Nebengebäude beheizt werden und eventuell sogar die Sporthalle.

Stadtrat Reinig teilt für die Freie Wähler-Fraktion ebenfalls Zustimmung zur Entwurfsplanung und der intensiveren Betrachtung einer Energiespundwand mit.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den ergänzten Beschlussantrag abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen einstimmig dem geänderten Beschlussantrag zu, der nun wie folgt lautet:

1. Die Entwurfsplanung wird in finanzieller, technischer und zeitlicher Hinsicht, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, anerkannt und zur Umsetzung freigegeben.
2. Das Ingenieurbüro Klinger & Partner aus Heilbronn wird, wie in der Beschlussvorlage dargestellt, mit den weiteren benötigten Ingenieurleistungen in Höhe von 219.208, --€ netto, beauftragt.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen im Gesamtkostenrahmen von 2.077.208 € netto vorzunehmen.
4. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung einer Energiespundwand ist von den Stadtwerken zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen.

Stadtrat Schulz befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 7: 2025-273

Anträge der Fraktionen zum Wirtschaftsplan 2026 des Eigenbetriebs Städtische Dienste Eberbach

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat entscheidet über die Anträge der Fraktionen.

Beratung:

Kämmerer Wieser trägt den ersten Antrag der AGL-Fraktion sowie die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem vor.

Stadtrat Stumpf ergänzt, dass ihm wichtig sei, dass in der Finanzplanung die notwendigen Investitionen um mindestens das Freibad zu erhalten, ersichtlich sein müssten.

Stadtrat Scheurich teilt mit, dass die SPD den Antrag ablehnen werde, da ohne Planungen kein finanzieller Rahmen bestehe. Sobald konkrete Planungen bestünden, könnten auch die Mittel eingestellt werden.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Antrag abstimmen, der wie folgt lautet:
 „Aus dem Städtischen Haushalt sind in 2027/2028 1,5 Mio. € als Kapitalerhöhung der SDE zweckgebunden zum Erhalt unserer Bäder in die Finanzplanung einzustellen.
 In der SDE ist diese Kapitalzuführung für die Bäder in 2027/2028 einzustellen.
 Die Gegenfinanzierung erfolgt aus dem Verzicht auf die Neugestaltung des Neckarlauers in Höhe von 1,5 Mio. €, s. AGL Antrag 5 zum städtischen Haushalt.“

Die Mitglieder des Gemeinderats lehnen den Antrag mit 4 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen mehrheitlich ab. Stadtrat Schulz befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Betriebsleiter Kressel trägt anschließend den zweiten Antrag der AGL-Fraktion sowie die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem vor.

Der Antrag lautet: „Die im Wirtschaftsplan 2026 der SDE vorgesehenen 150.000,- € für die Abdeckung des Freibadbeckens sind für Sanierungsmaßnahmen, die dem Weiterbetrieb der Bäder dienen, umzuwidmen.“

Stadtrat Stumpf äußert Zweifel an der Kostenberechnung. Die genannte Energieeinsparung von 50-70 % beruhe nicht auf einem Gutachten, sondern allgemeinen Angaben. Solange keine Mittel für den Erhalt der Bäder bereitgestellt würden, sei dies eine Fehlinvestition.

Stadtrat Scheurich wird dem Antrag nicht zustimmen, da es zunächst nur um die Bereitstellung der Mittel gehe. Er gehe davon aus, dass vor der Auftragsvergabe eine Kostenberechnung erfolge und Angebote eingeholt würden.

Bürgermeister Reichert ergänzt, dass die Auftragsvergabe in dieser Höhe ohnehin im Gremium beschlossen werden müsse.

Es erfolgt eine kurze Diskussion über die Notwendigkeit eines Sperrvermerks.

Stadtrat Hellmuth teilt ebenfalls seine Ablehnung des Antrags mit, da die Reduzierung des Energieverbrauchs vorteilhaft sei.

Die AGL-Fraktion zieht den Antrag zurück, wolle aber die Auftragsvergabe im Gremium genau prüfen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats lehnen den ersten Antrag der AGL-Fraktion mehrheitlich mit 4 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen ab, der zweite Antrag wurde seitens der AGL-Fraktion zurückgezogen.

Tagesordnungspunkt 8: 2025-279

Haushaltssatzung 2026 der Stadt Eberbach

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Eberbach für das Haushaltsjahr 2026 inklusive aller Bestandteile und den gesetzlich erforderlichen Anlagen sowie den darin eingearbeiteten Änderungen aus der Ergänzungsliste zum Haushaltsentwurf.
2. Der Finanzplanung bis zum Jahr 2029 sowie dem Stellenplan wird zugestimmt.

Beratung:

Die Tagesordnungspunkte 8, 9 und 10 werden gemeinsam beraten und anschließend getrennt abgestimmt.

Zunächst hält Stadtrat Dr. Polzin die Haushaltsrede für die Freie Wähler-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder des Gemeinderats, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger

das neue Haushaltsjahr fordert uns alle. Wir stehen gemeinsam vor großen Aufgaben – und wir wollen offen und ehrlich über die finanzielle Lage unserer Stadt sprechen.

Wie sieht der Haushalt 2026 aus? Kerndaten zum Haushalt 2026:

Erträge und Aufwendungen:

- Ordentliche Erträge 46,6 Mio.
- Ordentliche Aufwendungen: 47,7 Mio.
- Gesamtergebnis -1,15
- Planung 2027: -1,1 Mio., 2028: -0,8 Mio., 2029: -1,9 Mio.

Ein- und Auszahlungen:

- Einzahlungen minus Auszahlungen aus ordentlicher Verwaltungstätigkeit: +1,2 Mio.
- Abzüglich Investitionstätigkeit (Einzahlungen/Auszahlungen) Ergebnis -7 Mio. = „veranschlagter Finanzierungsbedarf aus Investitionstätigkeit“, abzüglich der 1,2 Mio. von oben
- = 5,76 Mio. „veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf“
- Geplante Kreditaufnahme in 2026 3,4 Mio., und wenn wir nicht noch kurzfristige Liquidität von 3 Mio. aus 2025 gehabt hätten wären es sogar 6,4 Mio. Kreditaufnahme geworden. (Planungen für 2027 = 2 Mio., 2028 = 3,6 Mio., 2029 = 2,5 Mio.)

Was machen wir mit dem Geld 2026? Hier mal nur die großen Summen...

- Investitionen 7 Mio. für Baumaßnahmen
- Personalaufwand 11,28 Mio., steigende Tendenz
- Transferzahlungen: 22 Mio., steigende Tendenz
- Sach- und Dienstleistungen: 9,3 Mio.
- Allein die Kreisumlage schlägt 2026 jährlich mit rund 8,6 Millionen Euro zu Buche (... bei Transferzahlungen enthalten, zum Vergleich 2025 = 7,7 Mio., 2024 = 6,4 Mio.)

Wo steht Eberbach finanziell?

Wer wissen will, wie gesund die Finanzen einer Stadt sind, schaut am besten auf die sogenannte Pro-Kopf-Verschuldung.

Vergleichbarkeit von Kommunalschulden möglich: Zeitvergleich, Vergleich mit ähnlich strukturieren Städten im gleichen RP und Bundesland, dann vergleichbar zu rechnen (geht aber)

Das heißt: Wir teilen alle Schulden der Stadt durch die Zahl der Einwohner. So können wir uns mit unserer Vergangenheit, der Zukunft und mit anderen Städten/Land vergleichen. Es

geht um den „Gesamtkonzern Stadt“ (= Städtischer Haushalt, Eigenbetrieb Städtische Dienste, Eigenbetrieb Städtische Entwässerung): Unser Daten zur Gesamtverschuldung:

- 2015 ca. 32 Mio. = 2.200,-- /Kopf
- Rückgang dann bis 2021 auf ca. 25 Mio. = 1.724,--/Kopf
- 2025 ca. 33 Mio. (= 2.244,--/K), mit SWE 3.500,--/Kopf
- danach geplant bis 2029 auf 62 Mio.(= 4.217,--/Kopf), mit SWE 6000,--/Kopf

Ist das alles? Hier gehören auch wirtschaftlich korrekt die Schulden der SWE GmbH mit dazu, obwohl diese kommunalrechtlich nicht Haushalt ausgewiesen werden.

Schuldenstände SWE GmbH: 2025 = 18,5 Mio., 2026 = 22,8, 2029 = 26,2

Bei einer Verschuldung der Stadtkreise und der kreisangehörigen Gemeinden und ihrer Eigenbetriebe von knapp 18,6 Milliarden Euro beträgt die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung 1 654 Euro. Die Stadtkreise weisen dabei mit 4 135 Euro je Einwohnerin und Einwohner eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung auf als die kreisangehörigen Gemeinden mit 1 090 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Bei Letzteren zeigt sich zudem, dass die Pro-Kopf-Verschuldung mit zunehmender Einwohnerzahl in der Tendenz zunimmt. Die Spannweite kann jedoch innerhalb einer Gemeindegrößenklasse sehr groß sein.

Unsere Schuldenlast ist heute schon deutlich höher als bei vielen Kommunen in BW. Soll das sich dann wie hier geplant bis 2029 nochmals fast verdoppeln? Verbindlichkeiten in dieser Höhe sind nicht mehr rückzahlbar und die enormen Zins-/Tilgungszahlungen machen zukünftige Haushalte nicht genehmigungsfähig.

Für uns Freie Wähler eine unhaltbare Situation!

Aktuelle Herausforderungen für eine solide Finanzpolitik: Einnahmeseite erhöhen (z.B. Grundsteuererhöhung) oder Ausgabeseite reduzieren (z.B. Einsparmaßnahmen)?

Wir haben schon viele teilweise mehrtägige „Sparrunden“ (4 Haushaltsklausuren) hinter uns in 2024 und 2025. Lässt sich jetzt noch vieles im Haushalt „relativ einfach“ einsparen?

- Ergebnisse aus 2024:...
- Ergebnisse aus 2025:...

Hier aus unserer Sicht ein klares nein, wir müssen daher auch die Einnahmeseite verbessern.

Ein Thema, das viele beschäftigt: Der Vorschlag der Verwaltung von Oktober diesen Jahres, die Grundsteuer B von bisher 520 % auf 645 % zu erhöhen. Diese Maßnahme würde helfen, das Haushaltsdefizit zu verringern und wichtige Aufgaben zu finanzieren. Die Freien Wähler waren geschlossen dafür. Auch wenn das die kommunalpolitisch weit schwierigere Position war: Steuererhöhungen sind immer unpopulär!

Die Mehrheit im Rat wollte aber vermeintlich „die Bürger nicht weiter belasten“, man wollte die Bürger „schützen“. Vor was muss man unsere Bürger schützen? Vor der Realität?

Hat der Gemeinderat diese Situation herbeigeführt? Wer bestellt bezahlt

(Konnexitätsprinzip“), Transferzahlungen, ...

Das Konnexitätsprinzip (Konnexität = Zusammenhang) ist ein Grundsatz im Staatsrecht, der besagt, dass Aufgaben- und Finanzverantwortung jeweils zusammengehören. Die Instanz (Staatsebene), die über eine Aufgabe entscheidet, ist auch für die Finanzierung zuständig. Vereinfacht wird dies oft ausgedrückt mit dem Satz "Wer bestellt, bezahlt".

Wir Freie Wähler sind gespannt, welche neuen (und damit noch nicht mehrfach erfolglos durchdiskutierten) und nachhaltig wirksamen Einsparmaßnahmen die Kolleginnen und Kollegen bei der kommenden Haushaltsklausur vorschlagen werden, die eine Grundsteuererhöhung wirklich ersetzen können.

Daneben gibt es als eine weitere kommunale Finanzierungsmöglichkeit die Gewerbesteuer, Was tun wir hier um z.B. zusätzliche Unternehmen in die Stadt zu ziehen? Sicherlich haben wir nur wenige, freie Gewerbeflächen. Derzeit sind wir aber abhängig von nur wenigen großen Gewerbesteuerzahlern. Und wenn es dort mal „nicht gut läuft“, dann merken wir das sofort im Haushalt, und das kann quasi „über Nacht“ geschehen.....

„Zu Tode sparen“ wollen wir Freie Wähler die Stadt nicht, die Lebensqualität, die wir hier ohne Zweifel haben, muss daher im Interesse unserer Bürger prinzipiell erhalten bleiben.

Alle Aufwendungen und alle Investitionen müssen auf den Prüfstand. Freiwillige Großprojekte wie Brücke über den Neckar oder neues Hallenbad für weit über 20 Mio. gehen einfach nicht.

Und wieder reden wir auch heute über unser Hallenbad. Klare Prioritäten heißt, kein neues Hallenbad für Eberbach und eindeutige Konzentration auf ein attraktives, nachhaltiges optimiertes Freibad.

Neben diesen finanziellen Aspekten eines genehmigungsfähigen Haushaltes der Stadt sehen wir im kommenden Haushaltsjahr 2026 weitere Herausforderungen auf uns zukommen. Auf 5 Aspekte davon wollen wir hier kurz eingehen:

1. Wärmenetzplanung/Kommunale Wärmeplanung: Wir müssen herausfinden, wie wir in Eberbach in Zukunft umweltfreundlich, sicher und bezahlbar heizen können. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass wir mehr auf Nahwärmenetze, Großwärmepumpe z.B. am Neckar, Solarenergie, Geothermie oder auch Holz setzen. Ziel ist, dass wir unabhängiger werden von teuren und unsicheren Energieimporten, die Möglichkeit haben unsere Klimaziele zu erreichen und am Ende auch Kosten sparen. So ist konkret das vorhandene Netz in der der Steige auszubauen und die Detailplanungen auf die Kernstadt zu konzentrieren. Unsere Bürger brauchen Planungssicherheit was die Energiewende im Gebäudesektor in Eberbach konkret bedeutet. Das kostet Geld, aber hierzu sind auch, darauf haben wir mehrfach hingewiesen, auch private Investitionen notwendig („privates Geld“ mit auskömmlicher Rendite)

2. Entwicklung der SWE: In 2025 wurde für die SDE der erste Elektrobus angeschafft und damit die Transformation des Fuhrparks der SDE in Richtung Klimaneutralität begonnen. In den nächsten Jahren wird die SDE, aufgrund des Landesförderprogrammes für Elektromobilität, den Fuhrpark gänzlich auf Elektrobusse umstellen. Ein weiterer großer Punkt ist die Belegung der städtischen Liegenschaften mit Photovoltaik, die jährlich ein weiterer Beitrag zur CO₂-Einsparung der Stadt bedeutet. Zu der finanziellen Situation der SDE ist festzustellen, dass der aktuelle Wandel in der „Stadtwerklandschaft“ hohe Kosten produziert und aufgrund dessen auch in dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt die Kapitalerhöhung von 2,5 Millionen nötig ist.

3. Krankenhaus: Unser Krankenhaus ist ein wichtiger Standortfaktor, auch wenn es das kleinste Haus im GRN Verbund ist. Die Krankenhäuser sind deutschlandweit einem hohen Reformdruck ausgesetzt. Auch wenn wir als Stadt hier nur begrenzt mitreden können, die bisherigen leistungsfähigen und über die Stadt weit hinaus bekannten Fachabteilungen wie die Allgemein Chirurgie, Innere Medizin, die Orthopädie/Endo-Prothetik und die Urologie müssen in Eberbach erhalten bleiben. Ergebnisse des Projektes „GRN 4 Future“ stehen für alle Häuser außer Eberbach fest (siehe Heft GRN Plus) Wir können keinen Tod auf Raten akzeptieren und auch ein MVZ ersetzt kein Krankenhaus.

4. Forst: Der aktuelle Beitrag zum Haushalt ist leider verschwindet gering, möglich Ursachen wurden hier schon oft vorgestellt. Wir hatten vor Jahren eine „AG Forst“, die u.a. den Auftrag vom Gemeinderat hatte, einen höheren Beitrag des Forstbereiches zum Städtischen Haushalt zu ermöglichen. Hier muss nochmals angesetzt werden, Optimierungsmöglichkeiten bei insgesamt 3600 Ha eigener Waldbesitz sollten vorhanden sein. (85.000 Erträge in 2025 gemäß letzten Forstbetriebsplan, egal wie im Detail gerechnet ohne Abschreibungen aber mit Ohrsbergturm u.a)

5. Stadtentwicklung: Schon in der Haushaltsrede 2023 forderten wir ein neues Stadtentwicklungskonzept, mit dem Ziel die Vorstellungen des Gemeinderates zu den Daseinsgrundfunktionen bis 2033 zu konkretisieren. Passiert ist wenig bzw. nichts. Vermutlich haben die Verwaltung und die Gemeinderatsmitglieder unterschiedliche Vorstellungen, was ein „Stadtentwicklungskonzept“ eigentlich bedeutet. Hier sollten wir 2026 zuerst ein einheitliches Verständnis finden und dann darüber abstimmen, ob ja oder nein. Und wer die Notwendigkeit nicht sieht, der soll zum Beispiel doch einfach mal in letzte IHK-Innenstadtstudie schauen, wo genau das auch von „neutralen Experten“ gefordert wird. Auch die einzelnen Arbeitskreise, die aktuell unabhängig voneinander einzelne Themen (Mobilität, Klima, Tourismus, ...) bearbeiten sollen, ersetzen kein strukturiertes Entwicklungskonzept. Nebenbei hätte eine erfolgreiche Stadtentwicklung dann auch wieder Einfluss auf unser Steueraufkommen.

Fazit

Eberbach steht massiv finanziell unter Druck – und das es anderen Kommunen ähnlich geht bringt uns nicht weiter. Wir sind aber überzeugt: Mit Ehrlichkeit, Transparenz, und Kreativität

schaffen wir es, unsere Stadt lebens- und zukunftsfähig zu halten. Hierzu gehört auch eine gesunde Risikobereitschaft strategische Chancen, die sich immer wieder mal ergeben, auch wahrzunehmen. Pflichtaufgaben wie Schulen, Straßen und die Daseinsvorsorge stehen bei uns immer an erster Stelle. Bei freiwilligen Leistungen müssen wir noch mehr schmerzhaft Einschnitte machen und die Einnahmen müssen steigen. Prioritäten setzen und Steuern erhöhen ist schwierig und unpopulär, das stimmt. Aber der Bürger versteht das, wenn man offen und transparent kommuniziert.

Wir danken unserem Kämmerer Herrn Wieser und seinem Team für die engagierte Arbeit und allen Mitarbeitenden der Stadt für ihren Einsatz. Ebenso auch den Kollegen und Kolleginnen aus den anderen Fraktionen, mit denen wir im Sinne der Stadt und Ihrer Bürger/innen im letzten Jahr gut zusammengearbeitet haben.“

Anschließend hält Stadtrat Scheurich folgende Haushaltsrede für die SPD-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

im Vergleich zu den letzten zehn Jahren hat sich die Haushaltslage der Kommunen deutlich verschlechtert. Steigende Ausgaben, vor allem für soziale Pflichtaufgaben und Personal, belasten die Haushalte stark. Gleichzeitig fehlen Mittel für dringende Investitionen.

Für die nächsten fünf Jahre erwarten Fachleute keine spürbare Verbesserung. Ohne zusätzliche Unterstützung von Bund und Land bleibt die finanzielle Lage angespannt bzw. wird sogar schwieriger.

Der Kommunalen Finanzreport 2025 der Bertelsmann Stiftung trifft folgende Aussage:

„Die Finanzlage der Kommunen in Deutschland ist im vergangenen Jahr flächendeckend eingebrochen.

Die Steuereinnahmen stagnieren, während die Personal- und Sachaufwendungen ungebremsst steigen.“

Der Präsident des Gemeindetages schreibt in einem Bürgerbrief:

„Die Summe der staatlichen Leistungszusagen, Standards und Versprechen hat ein Maß erreicht, das mit den verfügbaren Ressourcen nicht mehr erfüllbar ist. Wir brauchen eine ehrliche gesamtstaatliche Reform.

Das heißt: weniger Einzelfallgerechtigkeit und mehr Eigenverantwortung.“

Vor diesem Hintergrund sind wir auch in diesem Jahr intensiv in die Haushaltsberatungen eingestiegen. In den Klausursitzungen haben wir erneut über Einsparungen, Verschiebungen sowie über Verbesserungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite diskutiert. Dabei war es uns wichtig, auch kleinere Beträge eingehend zu prüfen und sorgfältig abzuwägen.

Auch im kommenden Haushaltsjahr wird es leider nicht möglich sein, auf neue Kreditaufnahmen zu verzichten. Derzeit sind Kredite in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel werden gezielt eingesetzt, um notwendige Investitionen zu sichern, Strukturen zu erhalten und die Zukunft unserer Stadt aktiv zu gestalten.

Wir sind bereit, eine aktive Rolle einzunehmen, um zu verhindern, dass die prognostizierten Zahlen der mittelfristigen Finanzplanung – beispielsweise die geplanten weiteren Kreditaufnahmen von 5 Millionen Euro für 2027 bis 2029 – Realität werden. In dieser Form wollen wir diese Pläne nicht mittragen.

Des Weiteren wurden in diesem Jahr erneut verschiedene Miet-, Steuer- und Gebührenanpassungen umgesetzt. Es ist besonders wichtig, diese Posten in kurzen Abständen zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen, um eine solide Finanzplanung sicherzustellen.

Die bereits durchgeführte Anpassung der Grundsteuer stellt dabei keine echte Mehreinnahme für den städtischen Haushalt dar. Sie dient lediglich der Aufkommensneutralität im Rahmen der Grundsteuerreform. Eine weitergehende Erhöhung haben wir bei der letzten Anpassung bewusst nicht mitgetragen, um die Bürgerinnen und Bürger angesichts der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht zusätzlich zu belasten. Gleichzeitig muss jedoch ehrlich festgestellt werden, dass eine moderate Erhöhung mittelfristig notwendig sein wird, um den städtischen Haushalt zu stabilisieren.

Auch die Entwicklung der Kreisumlage betrachtet die SPD-Fraktion weiterhin mit großer Sorge. Erst gestern wurde eine Erhöhung um 1,5 Prozent beschlossen. Auch wenn dieser Beschluss hinter der ursprünglich vorgesehenen Steigerung von 3,5 Prozent zurückbleibt, bedeutet er für die Stadt Eberbach dennoch eine zusätzliche finanzielle Belastung in Höhe von rund einer Million Euro.

In Bezug auf die Windräder auf dem Herbert gibt es wieder positivere Entwicklungen. Der bisherige Vertrag mit der BayWa.re konnte aufgelöst werden, und ein neuer Projektpartner steht bereits in den Startlöchern. Es bleibt zu hoffen, dass sich nun alles in die richtige Richtung entwickelt und das Projekt erfolgreich auf Kurs bleibt.

Die zusätzlichen Einnahmen aus den erwarteten Pachtzinsen sind für unsere Stadt dringend notwendig und würden mittelfristig einen wichtigen Beitrag zur Entlastung unserer finanziellen Situation leisten.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass mit der Umsetzung dieses Projekts auch weitere Schritte in Richtung Klimaneutralität verbunden sind – ein Gewinn für unsere Stadt und die Zukunft nachfolgender Generationen.

Die Stadt Eberbach hat eine Vielzahl an Pflichtaufgaben zu erfüllen, bei denen insbesondere im Bausektor hohe Aufwendungen erforderlich sind, um die vorhandenen Strukturen zu erhalten. Das Einsparpotenzial ist hier jedoch eher gering, da diese Posten schon seit längerem auf ein Minimum reduziert wurden oder verschiedene Projekte bereits mehrfach verschoben worden sind.

Beim Thema Hallenbad gibt es derzeit leider keine konkreten neuen Entwicklungen. Die aktuelle finanzielle Situation lässt einen Neubau mit derart hohen Investitionen bei nur geringen Fördermitteln momentan nicht zu. Eine Chance könnte die Aufnahme in ein neues Bundesprogramm für die „Sanierung kommunaler Sportstätten“ sein.

Die Durchführung notwendiger Maßnahmen erscheint uns unter den derzeit bekannten Umständen mittelfristig jedoch als alternativlos. Auch das Freibad lässt sich ohne umfangreiche Investitionen von mehreren Millionen Euro nicht dauerhaft betreiben.

Als SPD-Fraktion setzen wir uns weiterhin entschlossen für den Erhalt unserer Bäder ein, um ein ganzjähriges Schwimmen in Eberbach auch für kommende Generationen zu sichern.

Im Haushalt 2026 sind, wie bereits im Vorjahr, Ansätze für die Skateranlage und das Jugendhaus enthalten. Die Verzögerungen erklären sich teilweise durch noch ausstehende Förderzusagen und Spenden. Umso wichtiger ist es nun, dass diese Projekte zügig umgesetzt werden. Wir sehen dies nicht nur als Investition in die Infrastruktur, sondern auch als Verpflichtung gegenüber unseren Jugendlichen, denen wir damit ein deutliches Zeichen und ein Versprechen gegeben haben.

Im kommenden Jahr erwarten wir weitere Fortschritte bei der Sanierung des Neckarlauers. Dabei ist es besonders wichtig, genau zu prüfen, ob nach der Kaimauersanierung die Oberflächengestaltung gegebenenfalls in sinnvolle Bauabschnitte unterteilt werden kann, ohne dass im Nachhinein Mehrkosten entstehen. Gleichzeitig sollte auch die künftige Parkbewirtschaftung auf dieser und gegebenenfalls weiteren Flächen überprüft werden. Des Weiteren müssen konkrete Ergebnisse zur Sanierung und zur künftigen Organisation des Campingplatzes erarbeitet werden.

Darüber hinaus gilt es, die Defizite im Bereich der Verkehrsbetriebe und der Bäder gezielt zu reduzieren und den Verkauf städtischer Grundstücke aktiv voranzutreiben, um die finanzielle Situation der Stadt nachhaltig zu stabilisieren.

Selbstverständlich gibt es noch zahlreiche weitere Projekte, die ebenso wichtig sind. An dieser Stelle können wir jedoch nicht alle im Detail behandeln, ohne den Rahmen unserer Stellungnahme zum Haushalt zu sprengen.

An unserem Ziel der Klimaneutralität bis 2035 halten wir weiterhin fest. Meilensteinplan, die Quartierskonzepte und die kommunale Wärmeplanung sind wichtige vorbereitende Schritte auf diesem Weg. Jetzt ist es jedoch an der Zeit, mit konkreten Maßnahmen zu starten.

Eine Bitte an unsere Ratskolleginnen und -kollegen: Lassen Sie uns nicht in endlosen Diskussionen über Jahreszahlen oder Definitionen der Klimaneutralität verharren. Was jetzt zählt, sind echte Maßnahmen, die unsere Stadt Schritt für Schritt klimaneutraler machen.

Gleichzeitig muss man ehrlich sagen: Ohne massive finanzielle Unterstützung von Bund und Land sowie gegebenenfalls weiterer Fördermittelgeber wird die Erreichung der

Klimaneutralität eine enorme Herausforderung bleiben. Dennoch wollen wir nicht zögern, die ersten notwendigen Schritte zu gehen.

Der Eigenbetrieb „Städtische Dienste Eberbach“ wird erneut mit einer Kapitaleinlage ausgestattet. Aufgrund der zum Teil verlustbringenden Sparten gibt es nur wenig Gestaltungsspielraum das Ergebnis zu verbessern.

Trotz der angespannten Haushaltslage dürfen wir nicht in Pessimismus oder Resignation verfallen. Ja, die finanziellen Spielräume sind enger geworden, und die Herausforderungen sind erheblich. Aber unsere Aufgabe ist es gerade jetzt, Verantwortung zu übernehmen, Prioritäten zu setzen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln. Wenn wir mit Augenmaß, Ehrlichkeit und Gestaltungswillen handeln, können wir auch unter schwierigen Rahmenbedingungen handlungsfähig bleiben und die Zukunft unserer Kommune aktiv gestalten.

Die Zuweisung von 9,38 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm des Bundes für Eberbach ist zweifellos eine erfreuliche Nachricht. Sie ist jedoch nicht dazu geeignet, die grundlegende Finanzlage unserer Stadt dauerhaft zu verbessern. Daher müssen wir mit diesen Mitteln sehr sorgfältig umgehen und genau darauf achten, dass sie gezielt und sinnvoll eingesetzt werden.

Wir folgen dem Wahlspruch des britischen Philosophen Karl Popper:

"Optimismus ist Pflicht. Man muss sich auf die Dinge konzentrieren, die gemacht werden sollen und für die man verantwortlich ist."

Zum Schluss möchten wir uns bei unseren Gemeinderats Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Haushaltsjahr bedanken.

Ebenso möchten wir uns bei der gesamten Verwaltung, insbesondere bei Herrn Wieser und seinem Team, für die Aufstellung des Haushaltsplanes und auch der übrigen Arbeit bedanken.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2026 sowie den Wirtschaftsplänen der „Städtischen Dienste Eberbach“ und der „Städtische Entwässerung Eberbach“ zu.“

Bürgermeister Reichert unterbricht die Sitzung von 17:40 Uhr bis 17:45 Uhr.

Danach hält für die CDU-Fraktion Stadtrat Schulz folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reichert,
werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren!

Der Haushalt 2026 steht nun vor der Verabschiedung.

Mit ordentlichen Erträgen von 46,6 Mio. Euro und ordentlichen Aufwendungen von knapp 47,8 Mio. Euro weist der Ergebnishaushalt damit ein Defizit von knapp 1,2 Mio. Euro aus. Wir möchten die Haushaltsrede wieder nutzen, mit einem 360 Grad Blick sowohl einen Rückblick als auch einen Ausblick zu wagen.

Die in den letzten Jahren vorhanden liquiden Mittel sind mittlerweile aufgebraucht. Allerdings gehört auch zur Wahrheit – und das ist hier zu Beginn ein positiver Aspekt – wir in Eberbach ein Großteil davon in Erneuerung bzw. Neuschaffung von wichtiger Infrastruktur geflossen ist. Exemplarisch zu nennen sind hier nur das Feuerwehrgerätehaus, der KITA-Neubau in der Güterbahnhofsstraße, die energetische Sanierung von Schulen, Dorfgemeinschaftshäusern, die Sanierung von Straßen oder diverse Projekte zur Wasser- bzw. Kanalsanierung. Alles wichtige Maßnahmen zur Sicherung und Attraktivitätssteigerung Eberbachs.

Nun – am Ende der liquiden Mittel stehen aber immer noch viele unfinanzierte Infrastrukturprojekte. Vieles muss ab jetzt zum Großteil kreditfinanziert werden.

Ob und in welcher Höhe die avisierten Erträge aus der Verpachtung des Hebert für Windkraftanlagen jeweils anfallen, ist aktuell reine Spekulation und darf daher bei unseren Überlegungen auch keine Rolle spielen.

Auch die Gewerbesteuerereinnahmen bleiben – klar im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland – entsprechend hinter den Erwartungen zurück.

Zugleich werden wir als Kommune massiv finanziell von Entscheidungen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene belastet, die wir umsetzen und finanzieren müssen. Das Konnexitätsprinzip wird nicht eingehalten! Wer Wohltaten verteilt, sollte auch bezahlen müssen!

Wir sind als CDU-Fraktion deshalb nicht länger bereit, unsere Bürgerinnen und Bürger finanziell für Entscheidungen zu belasten, an denen wir nicht beteiligt waren und die wir nicht mittragen.

Es ist umso wichtiger, dass der Gemeinderat wieder auf einen Konsolidierungskurs im Haushalt einschwenkt. Investitionen müssen dabei klar priorisiert und vor allem freiwillige Aufgaben und Ausgaben kritisch überprüft werden. Dafür ist es notwendig, ergebnisoffen und ohne Tabus alle Ausgaben einer ideologiefreien kritischen Prüfung zu unterziehen. Der Gemeinderat hat – mit einer Stimme Mehrheit - gegen das Votum der CDU-Fraktion und auch dem Vorschlag von Bürgermeister und Verwaltung - ohne belastbare finanzielle und methodische Grundlagen beschlossen, dass Eberbach im Gegensatz zu EU, Bund und Land bereits bis 2035 „klimaneutral“ werden soll. Dass diese Entscheidung mit zusätzlichem Personal und vielen weiteren Kosten verbunden ist, war damals bereits absehbar und hoffentlich jedem bewusst.

Diese zusätzlichen Gelder fehlen natürlich nun auch an anderer Stelle. Umso wichtiger ist es für die CDU-Fraktion, dass die Sachmittel und Personalkosten im Bereich Klimaschutz auch effektiv und messbar verwendet werden.

Gerade in finanziell schwierigen Zeiten ist es unabdingbar, die allgemeinen Grundsätze der Haushaltsführung zu beachten.

Ich muss daher leider den Satz, den ich bei meiner ersten Haushaltsrede 2014 gebraucht habe, heute wiederholen.

Eberbach hat primär kein Einnahmeproblem, sondern zunehmend wieder ein Ausgabenproblem – auch aus den gerade oben erwähnten Gründen.

Einer zusätzlichen Belastung der Eberbacher Bürgerinnen und Bürger durch höhere Beiträge oder die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer hat die CDU-Fraktion daher angesichts der ohnehin bereits hohen Belastung durch Inflation und der weltweit am höchsten Steuer- und Abgabenquote für Bürgerinnen und Bürger bewusst nicht zugestimmt. Die Bürger immer weiter zu belasten scheint für Bund-Land und Kreis einfach. Wir sind dazu nicht bereit.

Die Städtischen Dienste Eberbach – kurz SDE machen leider einen Verlust in Höhe von über 2 Mio. Euro. Allerdings sind mittlerweile die Ertragsquellen mit Strom und Gas durch strukturelle Veränderungen in der Tochter Stadtwerke Eberbach GmbH verortet, diese Gewinne werden aber wieder an die SDE abgeführt.

Entscheidend wird mittelfristig sein, dass die SWE GmbH und die Enkelgesellschaft SWEE zur Energieerzeugung zukünftig gut aufgestellt sein wird und dauerhaft Überschüsse an die SDE abführen kann. Aufgrund der Unsicherheiten und Dynamik im Strom- und Gasmarkt und der Unsicherheit bezüglich der Konzessionsvergabe ist dies aber nicht zwingend, so dass auch hier weitere Risiken nicht auszuschließen sind, die wiederum einen indirekten negativen Rückkopplungseffekt auf den Gesamthaushalt der Stadt Eberbach haben würden.

Auch wird der Finanzierungsbedarf der SDE zur Umsetzung der Investitionen in Wasserstrategie und weiterer Infrastruktur hoch sein. Dies wird für alle Beteiligten sicher ein weiterer finanzieller Kraftakt werden.

Zusammengefasst:

Wir müssen mit den – auch aufgrund der genannten externen Faktoren - zunehmend begrenzten finanziellen Mitteln priorisiert für die Zukunft investieren. Die Wirtschaftlichkeit von Investitionen muss verstärkt werden und die Sinnhaftigkeit von freiwilligen Ausgaben ohne Tabus, ideologiefrei kritisch hinterfragt werden.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2026 inklusive Stellenplan sowie dem Wirtschaftsplan der SDE zustimmen!

Wir bedanken uns bei der Stadtkämmerei und den Mitarbeitern der Verwaltung für die kooperative Zusammenarbeit.“

Sodann hält Stadtrat Stumpf die Haushaltsrede der AGL-Fraktion:

„Sehr geehrter Herr Reichert, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende
Ich möchte auf die Kerndaten des städtischen Haushalts nicht mehr eingehen, das haben meine Vorredner schon getan. Die Kerndaten des Haushalts werden durch Wiederholung nicht besser. Ich möchte aber anmerken, dass die Schulden differenziert betrachtet werden sollten. Es gibt in den beiden Eigenbetrieben auch Schulden, die sich über die Gebühren der Nutzer refinanzieren wie z.B. die Investitionen ins Wasser und Abwasser, die den städtischen Haushalt nicht belasten.

Richtig ist, dass die nächsten Jahre finanziell schwierig werden. Aber wir stehen durch gutes Wirtschaften in den letzten Jahren deutlich besser da, als die meisten anderen Kommunen. Um die Einnahmen zu verbessern, wurden verschiedene Gebühren erhöht, so wurde die Erhöhung der Friedhofsgebühren in der letzten Sitzung beschlossen und die Erhöhung der Wassergebühren für 2026 angekündigt. Die Gemeinderatsmehrheit, darunter die Stimmen der AGL, hat die von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer um 20% abgelehnt, um eine weitere Belastung der Bürger zu vermeiden. Es wurde lediglich beschlossen, die Aufkommensneutralität der Grundsteuer zu gewährleisten.

Es sollte zukünftig nicht vor allem an der Gebührenschaube gedreht werden, sondern die Stadt muss weiterhin auch sparen. Dennoch müssen auch Investitionen getätigt werden, sonst hinterlassen wir der zukünftigen Generation marode Schulen, Straßen, Sporthallen und Bäder, um nur einige Beispiele zu nennen. Entscheidend ist es, Prioritäten zu setzen. Genau das hat die AGL mit ihren Anträgen zum Haushalt versucht umzusetzen. Unsere Priorität im freiwilligen Bereich ist der Erhalt von Freibad und Hallenbad. Um das zu ermöglichen, müssen andere Vorhaben gestrichen oder auf spätere Jahre verschoben werden.

Unsere Haushaltsanträge gehen genau in diese Richtung. Wir haben versucht Einsparungen zu erreichen, um einen Teil dieser Mittel in den Erhalt von Freibad und Hallenbad zu investieren.

Unsere 5 Anträge zum städtischen Haushalt 2026 und der Finanzplanung 27 erzielten ein Einsparvolumen von 3,8 Mio. Leider hat der Gemeinderat mehrheitlich lediglich 3 der 5 Anträge befürwortet, womit ein Einsparvolumen von lediglich ca. 1,3 Mio. erzielt werden konnte. Mehrheitlich abgelehnt wurden, der Verzicht

- auf die Neugestaltung des Neckarlauers für 1,5 Mio
- und auf den Ausbau eines Kellerteils der Gymnasiumsperthalle in Höhe von 1 Mio zur Herstellung einer weiteren Halle für die Steigeschulen.

Unabhängig davon, dass wir die Erweiterung der Hallenkapazität nicht für nötig halten, frage ich mich, wie diese Halle für die Steigeschulen sinnvoll genutzt werden soll, allein der Fußweg hin und zurück dürfte die halbe Zeit des Sportunterrichts in Anspruch nehmen. Für die Gemeinderäte der AGL hat der Erhalt bzw. der Neubau von Hallen – und Freibad absolute Priorität bei den freiwilligen Aufgaben. Wir wissen, wie marode die Baulichkeit des Hallenbades und die gesamte Technik für Frei – und Hallenbad ist. Eine aktuelle Betrachtung über die Möglichkeiten, die Technik zu sanieren, kommt wiederum zu dem eindeutigen Ergebnis, dass sämtliche technische Einrichtungen der Bäder abgängig sind und komplett ersetzt werden müssen.

Wenn wir noch lange zuwarten, droht die Schließung der Bäder wegen technischer Defekte, auch des Freibades, weil das die gleiche Technik braucht. Ich denke, das will niemand in Eberbach.

Deshalb haben wir gefordert, dass die Mittel in Höhe von 1,5 Mio, die für die Neugestaltung des Neckarlauers bereitgestellt sind, für den Erhalt der Bäder umgewidmet werden und im Finanzplan der SDE der Jahre 27 bis 29 eingestellt werden. In Anbetracht des aufgelegten Förderprogramms des Bundes für Neubau bzw. Sanierung von Sportstätten ist es wichtig, dass wir eigene Mittel ausweisen, um überhaupt berücksichtigt zu werden, denn eine Mitfinanzierung durch die Kommune wird in jedem Fall verlangt.

Zur SDE:

Ich bin mit meinen Ausführungen bereits beim Wirtschaftsplan der städtischen Dienste, deren Geschäftsfeld sich in die Sparten Bäder, Wasser und Verkehrsbetriebe gliedert.

Neben der bereits genannten Problematik, dass im Finanzplan der städtischen Dienste für die Jahre 27 – 29 die Investitionen zum Erhalt der Bäder deutlich erhöht werden müssten, gilt es auch den Wirtschaftsplan für das Jahr 2026 der SDE genauer zu betrachten.

In der Sparte Verkehrsbetrieb sind in 2026 die Beschaffung 2 weiterer Linienbusse vorgesehen. Es ist auf Grund der Höhe der Kosten davon auszugehen, dass im Moment nicht an E-Busse, sondern an Dieselbusse gedacht ist. Das halten wir aus Gründen der Klimaneutralität für falsch und werden einer Beschaffung von Dieselbussen auch nicht zustimmen. Auch ist es fatal, öffentlich publik zu machen, dass die Stadtbusse zukünftig elektrisch fahren, um dann das Gegenteil zu tun, nämlich neue Dieselbusse zu beschaffen. Nachdem die Stadt nicht in das Förderprogramm des Bundes aufgenommen wurde, ist es zweifelsfrei schwieriger auf E-Busse umzusteigen, es wäre richtig gewesen sich z.B. beim Landesförderprogramm zu bewerben, was leider und für uns nicht nachvollziehbar nicht erfolgt ist.

Zur Bädersparte:

Im Jahr 2026 muss die Bädersparte 99.000,- € direkt zuordenbare Zinsen für Kredite in Höhe von ca. 2,5 Mio aufwenden. Da in die Bäder in den letzten Jahren so gut wie nichts investiert wurde, stellt sich die Frage, wofür diese Kredite aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei vor allem um einen Kredit in Höhe von ca. 2 Mio mit einer Laufzeit von 30 Jahren für die Planung des Hallenbades, die mittlerweile auf Grund des Beschlusses des Gemeinderats vom Mai 25 nicht mehr zum Tragen kommt. Das bedeutet, die SDE zahlen über 30 Jahre gerechnet Kreditzinsen in Höhe von über 1 Mio für eine nicht umgesetzte Planung.

Darüber hinaus zahlt die Bädersparte Zinsen in Höhe von 192.000,- € in 2026 für Kredite, die die SDE nicht spartenspezifisch aufgenommen hat, weil vor vielen Jahren beschlossen wurde, ich möchte ausdrücklich betonen, dass die heute Verantwortlichen dies nicht zu verantworten haben, dass die Sparte mit den größten Verlusten, und das sind die Bäder, den größten Anteil der Zinsen trägt. Dies muss zügig dahingehend geändert werden, dass die Sparte, die Kredite für Investitionen aufnimmt, dann auch die Zinslast trägt. Insbesondere für die Sparte Wasser ist das sehr wichtig, weil die Investitionen im Wasserbereich einschließlich der Zinsen sich über die Gebühren der Verbraucher refinanzieren.

Herr Vieser und Herr Kressel haben zugesagt, das möglichst schnell zu ändern, was ich nur unterstützen kann. Ich möchte mich ausdrücklich bei beiden auch für die Aufklärung dieses Sachverhalts bedanken.

Es bleibt aber für 2026, dass die Bäder mit einem Jahresfehlbetrag von ca. 1,5 Mio abschließen. Davon ca. 300.000,- durch Zinsen, von den 99.000,- durch die aufgegebene Planung verursacht wurden und weiter ca. 190.000,- nicht den Bädern zugeordnet werden sollten.

Fazit:

Die AGL stimmt dem Haushaltplan 2026 der Stadt zu.

Die AGL stimmt der Finanzplanung 2027-2029 der Stadt nicht zu, weil hier die Investitionsschwerpunkte falsch gesetzt sind. Dazu habe ich bereits ausgeführt, dass eine Kapitalzuführung an die städtischen Dienste für die Bäder fehlt, stattdessen aber 1,5 Mio für die Oberflächengestaltung des Neckarlauers eingestellt sind.

Die AGL stimmt dem Wirtschaftsplan 26 der SDE und der Finanzplanung 27-29 nicht zu, weil

- Im Wirtschaftsplan 26 die Zuordnung der Zinsen zu den einzelnen Sparten nicht sinnvoll erscheint und die nötige Klarheit fehlt.
- in der Finanzplanung bis 2029 Investitionen in den Erhalt der Bäder nicht ausreichend berücksichtigt sind.

Die AGL stimmt dem Wirtschaftsplan und dem Finanzplan des Eigenbetriebs städtischen Entwässerung zu.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitern der Stadt und der Städtischen Dienste für die geleistete Arbeit im Jahr 25.

Wir bedanken uns bei Herrn Vieser und seinem Team für die geleistete Arbeit bei der Aufstellung des städtischen Haushalts und des Wirtschaftsplans der SEE.

Wir bedanken uns bei Herrn Kressel und seinem Team für die Aufstellung des Wirtschaftsplans der SDE und sind davon überzeugt, dass es im Laufe des Jahres 26 gelingen wird, die Zinsen eindeutig den einzelnen Sparten zuzuordnen.“

Auf Antrag der AGL-Fraktion wird der Punkt 2 des Beschlussantrags in zwei Teile aufgeteilt:

- a) Der Finanzplanung bis zum Jahr 2029 wird zugestimmt.
- b) Dem Stellenplan wird zugestimmt.

Bürgermeister Reichert lässt zunächst über den Punkt 1 des Beschlussantrags, dann über Punkt 2a und abschließend über Punkt 2b abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen Punkt 1 des Beschlussantrags einstimmig zu.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen Punkt 2a des Beschlussantrags mit 18 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen Punkt 2b des Beschlussantrags einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 9: 2025-280

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Städtische Entwässerung Eberbach" für das Jahr 2026

Beschlussantrag:

1. Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Städtische Entwässerung Eberbach (SEE)“ für das Wirtschaftsjahr 2026 wird, inklusive den gesetzlich erforderlichen Anlagen, beschlossen.
2. Der Finanzplanung des Eigenbetriebs „Städtische Entwässerung Eberbach“ bis zum Jahr 2029 wird zugestimmt.

Beratung:

Die Beratung erfolgte zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 8.

Bürgermeister Reichert lässt sodann über den Beschlussantrag abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 10: 2025-272

Wirtschaftsplan und Finanzplanung der Städtische Dienste Eberbach für das Jahr 2026

Beschlussantrag:

1. Der Wirtschaftsplan der Städtische Dienste Eberbach für das Wirtschaftsjahr 2026 wird beschlossen.
2. Der Planungsübersicht (Finanzplanung) der Städtische Dienste Eberbach für die Wirtschaftsjahre 2025 bis 2029 wird zugestimmt.
3. Dem Stellenplan 2026 wird zugestimmt.

Beratung:

Die Beratung erfolgte zusammen mit Tagesordnungspunkt 8.

Bürgermeister Reichert lässt sodann zunächst über die Punkte 1 und 2 des Beschlussantrags und anschließend über den Punkt 3 des Beschlussantrags abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen den Punkten 1 und 2 des Beschlussantrags mit 18 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen Punkt 3 des Beschlussantrags einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 11: 2025-250

Beleuchtungskonzept der Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet und den Ortsteilen
hier: Evaluation 2025

Beratung:

Verwaltungsmitarbeiter Protschky erläutert die Informationsvorlage.

Stadträtin Isik bittet darum die Thematik nochmals zur Beratung aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Eiermann erläutert Verwaltungsmitarbeiter Protschky, dass bei den zwei nicht funktionierenden Solarleuchten in Friedrichsdorf die Ursache technische Mängel seien. Einmal beim Aufladen des Akkus und bei der anderen Lampe sei Feuchtigkeit eingedrungen. Beide Leuchtköpfe würden ausgetauscht.

Stadtrat Richter spricht sich ebenfalls für eine erneute Beratung und den Einsatz von Bewegungsmeldern aus.

Stadtrat Stumpf teilt in diesem Zusammenhang mit, dass ihm aufgefallen sei, dass im Kirchenweg keine Straßenlampen aufgestellt seien. Dort wären aber viele Fußgänger und Fahrradfahrer unterwegs.

Stadtrat Joho erkundigt sich, ob der Stadt objektive Vorfälle zur Abschaltung bzw. Dämmung vorliegen. Der Test der Bewegungsmelder sollte auf häufig genutzten Wegen erfolgen.

Bürgermeister Reichert antwortet, dass der Stadt keine Meldungen vorlägen. Die Bedenken beruhten eher auf subjektiven Empfindungen. Bezüglich des Tests der Bewegungsmelder könne ein Bericht erfolgen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die Angelegenheit soll im ersten Quartal 2026 erneut zur Beratung gebracht werden.

Tagesordnungspunkt 12: 2025-269

Ersatzneubau Hallenbad

hier: Rückgabe Zuwendungsbescheid und Interessenbekundung an neuem Bundesprogramm

Beschlussantrag:

1. Der Zuwendungsbescheid des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur (SJK)“ vom 24.11.2021 i. H. v. 3 Mio. € wird nicht in Anspruch genommen und an den Fördergeber zurückgegeben. Die bisher abgerufenen Mittel i. H. v. 150.000 € werden verzinst zurückgezahlt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Ersatzneubau des Hallenbades am Interessensbekundungsverfahren des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“ teilzunehmen und eine entsprechende Projektskizze einzureichen.

Beratung:

Kämmerer Wieser erläutert die Beschlussvorlage.

Stadträtin Thomson fragt nach dem Energiestandard der vorliegenden Planung und ob dieser die Anforderungen des Effizienzhausstandards EG 55 erfülle. Außerdem möchte Sie wissen, ob sichergestellt sei, dass der Ersatzneubau als Sportstätte gemäß den Programmrichtlinien eingestuft werde und ob sich der Kinderbereich auf diese Bewertung auswirke.

Kämmerer Wieser sieht kein Problem bei der Einstufung als Sportstätte, da sowohl Schul-, Vereins- als auch Freizeitsport gegeben sei. Auch der Kinderbereich sollte kein Nachteil sein.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky ergänzt, dass ein Energienachweis bestellt sei. Der Planungsstand aus dem Jahr 2022 habe bereits den Standard EG 40 erfüllt und die Überarbeitung aus dem Jahr 2023 sollte dies ebenfalls erhalten.

Stadtrat Dr. Polzin äußert sich skeptisch zur Förderfähigkeit des Projekts, da Ersatzneubauten ausgeschlossen seien und er auch keine besondere überregionale Bedeutung des Hallenbads sehe.

Stadtrat Stumpf betont, dass bereits Ende des Jahres 2024 mit dem Bau hätte begonnen werden können und er keine persönliche Verantwortung für die Verzögerungen übernehme, da er alle entsprechenden Beschlüsse abgelehnt habe.

Stadtrat Röderer fragt, ob die Einreichung mit den bisherigen Planungsunterlagen bis zum Stichtag realistisch sei und ob danach noch Änderungen an der Planung möglich seien.

Kämmerer Wieser antwortet, dass die fristgerechte Einreichung möglich sei. Inwieweit Planänderungen zulässig seien, könne nicht abschließend beurteilt werden, er könne sich dies in kleinerem Umfang während des Interessenbekundungsverfahrens noch vorstellen, danach jedoch nicht mehr.

Stadtrat Hellmuth äußert generelle Skepsis gegenüber als alternativlos dargestellten politischen Entscheidungen, sehe in diesem Fall aber keine andere Option für die Erzielung von Fördermitteln. Hinsichtlich der Verzögerungen des Baubeginns verweist er auf die Insolvenz des Planungsbüros und die möglichen Konsequenzen, falls dies bei bereits begonnener Umsetzung erfolgt sei.

Bürgermeister Reichert weist den Vorwurf der Mittelverschwendung zurück, da die Planung noch verwendet werde.

Bürgermeister Reichert lässt sodann auf Wunsch von Stadtrat Stumpf getrennt über die Beschlussantragspunkte abstimmen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen Punkt 1 des Beschlussantrags mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen Punkt 2 des Beschlussantrags mit 21 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Tagesordnungspunkt 13: 2025-283

Neubau eines Skateparks Flst.Nr. 882/2 Gemarkung Eberbach Güterbahnhofstraße
hier: Informationen zum Sachstand und Änderungsbeschluss

Beschlussantrag:

Der Beschluss des Gemeinderats vom 28.04.2025 wird im Punkt 2 dahingehend geändert, dass dieser nun lautet:

2. Der Umsetzung der Variante 2 wird, vorbehaltlich
 - a. einer Förderzusage in Höhe von ca. 60 % und
 - b. einem Sponsoring von **ca. 20.000 €**

zugestimmt.

Beratung:

Verwaltungsmitarbeiter Protschky erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Reinig teilt mit, dass ein Teil der Freie Wähler-Fraktion den Beschlussantrag ablehnen werde, da auch bei der ersten Beschlussfassung bereits gegen den Bau der Skateanlage gestimmt worden sei. Dies habe daher nichts mit der Reduzierung des Sponsorings zu tun.

Stadtrat Stumpf signalisiert Zustimmung und betont, dass die Spendenliste nicht geschlossen sei und trotz der reduzierten Anforderung weiterhin gespendet werden könne.

Stadtrat Scheurich verweist auf die ursprünglich vorgesehenen großformatigen Sponsorentafeln und bittet darum, festzulegen welche Fläche wie viel koste. Außerdem solle die weitere Oberflächengestaltung des angrenzenden Areals mit Parkfläche und Zugängen sowie die Planungen zum Jugendhaus nicht untergehen. Er wünsche sich eine Planskizze, wie dies nach Abschluss aller Maßnahmen aussehen solle.

Bürgermeister Reichert antwortet, dass zunächst sicher sein müsse, dass und welche Anlagen gebaut würden, bevor Gespräche mit Firmen bezüglich der Werbeflächen geführt werden könnten.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky ergänzt, dass für die weitere Entwicklung der Bebauungsplan und die Straßenplanungen in Abstimmung seien.

Stadtrat Dr. Polzin spricht sich gegen die Reduzierung aus.

Stadtrat Joho erinnert an die lange Entstehungszeit. Wäre die Skateanlage bereits vor 10 Jahren gebaut worden, wären die Kosten auch niedriger geblieben.

Auf Bitte von Stadtrat Eiermann will Bürgermeister Reichert im neuen Jahr einen Sachstandsbericht zum Jugendhaus machen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen zu.

Tagesordnungspunkt 14: 2025-265

Sanierungsgebiet "Güterbahnhofstraße";
hier: Erlass einer Satzung über die Aufhebung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Güterbahnhofstraße"

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt den als Anlage 1 beigefügten Entwurf einer Aufhebungssatzung bzgl. der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Güterbahnhofstraße“ bestehend aus dem Satzungstext und dem Lageplan zur Darstellung der betroffenen Grundstücke als Satzung.

2. Die Satzung ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Weitere, insbesondere die Löschung der Sanierungsvermerke in den Grundbüchern der betroffenen Grundstücke beim Grundbuchamt Mannheim zu veranlassen.

Beratung:

Verwaltungsmitarbeiter Brümmer erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.
Die Stadträte Scheurich und Dr. Polzin befanden sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 15: 2025-266

Sanierungsgebiet "Güterbahnhofstraße";
hier: Abrechnung der Sanierungsmaßnahme "Güterbahnhofstraße"

Beschlussantrag:

1. Die Rückzahlung erhaltener Bundes- und Landesfinanzhilfen aus dem Bund-Länder-Programm Stadtumbau West (SUW) für die städtebauliche Erneuerungsmaßnahme „Güterbahnhofstraße“, die das Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 30.10.2025 mit 91.016,00 € (Bund: 50.564,00 €, Land: 40.452,00) festsetzt, wird billigend zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat genehmigt die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 91.016,00 € bei dem Investitionsauftrag "I51100000110 Zuweisungen und Zuschüsse vom Land". Als Deckungsvorschlag dient der Investitionsauftrag I54100006960 „Ausbau Baumannstraße in Friedrichsdorf“, von dem die Haushaltsmittel umgebucht werden“.

Beratung:

Verwaltungsmitarbeiter Brümmer erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.
Stadtrat Dr. Polzin befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 16: 2025-278

Fortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP), der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft (vVG) Eberbach-Schönbrunn gemäß Baugesetzbuch (BauGB); hier: Weisungsbeschluss zur Änderung des FNP im Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans der Gemeinde Schönbrunn "Am Kreisel" (Parallelverfahren, § 8 Abs. 3 BauGB).

1. Beschluss über die Abwägung aus den Beteiligungen.
2. Beschluss über die Änderung des Flächennutzungsplans.

Beschlussantrag:

Zur Beschlussfassung durch den gemeinsamen Ausschuss der vVG Eberbach-Schönbrunn wird den Mitgliedern folgende Weisung erteilt:

1. Für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan „Am Kreisel“ der Gemeinde Schönbrunn wird im Parallelverfahren der FNP geändert.
2. Die Stellungnahmen aus den Beteiligungen (Offenlage) der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB werden gem. **Anlage 1** abgewogen und behandelt.
3. Die Entwurfsplanung des FNP wird in die endgültige Fassung (Plankarte und Erläuterungsbericht) überführt und in der Fassung gemäß **Anlage 2 und Anlage 3** beschlossen.

Beratung:

Bauamtsleiter Kermbach erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu. Stadtrat Stumpf befand sich zu diesem Zeitpunkt nicht im Sitzungssaal.

Tagesordnungspunkt 17: 2025-267

Feststellung des Jahresabschlusses 2022

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss der Stadt Eberbach für das Jahr 2022 fest.
2. Soweit noch nicht geschehen werden die entstandenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen genehmigt. Gleichzeitig wird den nach § 84 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) zulässigen überplanmäßigen Investitionsausgaben zugestimmt.

3. Der Rechenschaftsbericht und die Ausführungen zu der Bilanz werden zur Kenntnis genommen.

Beratung:

Kämmerer Wieser erläutert die Beschlussvorlage.

Es folgt eine kurze Aussprache zu den Ursachen der in der Regel besseren Ergebnisse im Jahresabschluss gegenüber den jeweiligen Haushaltsplänen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 18: 2025-257

Jahresabschluss 2024 der Städtische Dienste Eberbach

Beschlussantrag:

1. Auf Grund von § 16 Absatz 3 des Eigenbetriebsgesetzes stellt der Gemeinderat den Jahresabschluss des Eigenbetriebes Städtische Dienste Eberbach für das Jahr 2024, mit den folgenden Werten unter Punkt 5, fest. Der Jahresabschluss wurde von der B & S Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Fellbach, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.
2. Der Gemeinderat entscheidet über die Behandlung des Jahresfehlbetrages. Der Jahresfehlbetrag über 2.341.108,65 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.
3. Der Betriebsleitung wird die Entlastung erteilt.

Beratung:

Betriebsleiter Kressel erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 19: 2025-263

Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebs Städtische Dienste Eberbach (SDE);
Kapitalzuführung der Stadt Eberbach an den Eigenbetrieb SDE

Beschlussantrag:

1. Der Gemeinderat beschließt eine Kapitalzuführung vom Haushalt der Stadt Eberbach an die Allgemeine Rücklage des Eigenbetriebs Städtische Dienste Eberbach in Höhe von 2.500.000 €.
2. Der Gemeinderat stimmt der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 200.000 € bei I61200000280 – Kapitaleinlage Eigenbetrieb SDE zu.

Beratung:

Kämmerer Wieser erläutert die Beschlussvorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen dem Beschlussantrag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 20:

Mitteilungen und Anfragen

Tagesordnungspunkt 20.1:

Beantwortung einer Anfrage: Wanderweg nach Igelsbach

Hauptamtsleiterin Steck beantwortet eine Anfrage von Stadtrat Richter wie folgt:
Am 29.09.2025 habe Herr Bürgermeister Hölz (Stadt Hirschhorn) die Stadt Eberbach, über die Sicherung der Fußgänger entlang des Wanderweges unterrichtet. Da es sich in diesem Bereich um eine Kreisstraße handle (K4115) wurde die Anregung in diesem Bereich die Geschwindigkeit zu reduzieren an das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis zuständigkeitshalber weitergeleitet. Einen Termin für eine Verkehrstagfahrt von seiten des Landratsamtes sei aktuell noch nicht bekannt, Vertreter der Stadt würden auf jeden Fall bei diesem Termin teilnehmen.

Tagesordnungspunkt 20.2:

Kreditaufnahmen 2025

Kämmerer Vieser teilt mit, dass die Stadt Eberbach im Dezember 2025 insgesamt vier Kredite aufgenommen habe. Es handle sich um drei Kredite der KfW über insgesamt 2.158.000 € für den Eigenbetrieb Städtische Dienste Eberbach zur Finanzierung der diesjährigen Investitionen in die Wasserversorgung. Das weitere Darlehen der Sparkasse Neckartal-Odenwald über 2,5 Mio. € sei für den Haushalt der Stadt Eberbach aufgenommen worden, um die beschlossene Kapitalzuführung an den Eigenbetrieb abzudecken.

Tagesordnungspunkt 20.3:

Zuwendungsbescheid

Kämmerer Vieser teilt mit, dass für den Eigenbetrieb Städtische Dienste Eberbach ein Zuwendungsbescheid des Landes Baden-Württemberg über 1.640.400 € eingegangen sei. Gefördert werde der Einbau von drei Ultrafiltrationsanlagen in die Wasseraufbereitung in Brombach, Gaimühle und Rockenau. Der Fördersatz liege bei 65 %, die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich auf über 3 Mio. €.

Tagesordnungspunkt 20.4:

Vogelgrippe: Handlungspläne

Stadträtin Kunze berichtet, dass Anfang Dezember der erste Vogelgrippenachweis im Rhein-Neckar-Kreis erfolgt sei und fragt, ob es bei der Stadt einen Handlungsleitfaden gebe, falls beispielsweise am Wochenende ein totes Tier gefunden werde und das zuständige Veterinäramt nicht erreichbar sei.

Bürgermeister Reichert will dies in Absprache mit dem Veterinäramt klären.

Tagesordnungspunkt 20.5:

Sondervermögen Infrastruktur

Stadtrat Eiermann erkundigt sich, ob es nähere Ausführungsbestimmungen zum Sondervermögen gebe.

Kämmerer Vieser antwortet, dass die Mittel über einen Zeitraum von 12 Jahren abgerufen werden könnte. Die genauen Kriterien müssten noch abgewartet werden, aber es gebe Einschränkungen hinsichtlich der Kombinierbarkeit mit anderen Förderungen. Die Antragstellung sei frühestens ab März oder April des kommenden Jahres möglich und er

gehe davon aus, dass bis zum Sommer des nächsten Jahres bekannt sei, für welche laufenden Maßnahmen die Mittel verwendet werden können.

Tagesordnungspunkt 20.6:

Digitalpakt 2.0

Stadtrat Geilsdörfer teilt mit, dass er im Radio gehört habe, dass der Digitalpakt 2.0 für die Beschaffung digitaler Endgeräte beschlossen sei. Er bittet die Verwaltung darum, hier zügig tätig zu werden.

Bürgermeister Reichert bedankt sich für den Hinweis, die Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden.

Tagesordnungspunkt 20.7:

Wasser in der Tiefgarage

Stadtrat Richter teilt mit, dass im 2. UG der Tiefgarage erhebliche Mengen Wasser stünden.

Verwaltungsmitarbeiter Protschky antwortet, dass dies bekannt sei und die Behebung der bekannten Ursachen, wie etwa beschädigte Leitungen, bereits in Planung sei. Die weiteren Ursachen sollten noch untersucht und behoben werden.

Tagesordnungspunkt 20.8:

Schutzraum in der Tiefgarage

Stadtrat Hellmuth fragt, ob es zwischenzeitlich Informationen zur Wiedereinrichtung eines Schutzraumes in der Tiefgarage gebe.

Bürgermeister Reichert antwortet, dass keine Informationen vorlägen. Eine Anfrage zu Planungen auf Bundesebene solle an die Abgeordneten gestellt werden.

Da keine weiteren Mitteilungen und Anfragen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Reichert die öffentliche Sitzung des Gemeinderats um 19:04 Uhr.

